



INHALT Mai 2010

SEITE 1
1. MAI – NAZIFREI
Rechter Aufmarsch gescheitert.

KUMPELVEREIN
Vorstand gewählt

SEITE 2
POSTKARTENAKTION
Initiative der DGB-Region Köln-Bonn

GRIECHISCHE ARBEITSMIGRATION
Feierstunde zum 50. Jahrestag

INTERVIEW MIT WOLFGANG THIERSE

SEITE 3
ARGUMENTE HANDLICH GEFALTET
Leporello gegen Rechts

MÜNCHEN IST BUNT
Aufzug von Neonazis gestoppt

NEONAZIS MARSCHIERTEN
Heidemarie Wiczorek-Zeul kritisiert Stadtverwaltung

FEST ZUM 8. MAI
Der DGB in Hamburg-Bergedorf hatte eingeladen

SEITE 4
VORSTAND GEWÄHLT
Interkultureller Rat in Deutschland

ZEHN JAHRE BÜNDNIS FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ
Feier im Rahmen des Jugendkongresses

FILM DES MONATS:
Einbürgerung im Test



„AKTIV+GLEICHBERECHTIGT“ versteht sich als ein Beitrag zum Bündnis für Demokratie und Toleranz.

1. MAI – NAZIFREI

Rechter Aufmarsch in Berlin gescheitert

Mehr als 10.000 Menschen sorgten am 1. Mai 2010 im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg dafür, dass ein Aufmarsch von Neonazis nicht weit kam. Nachdem der Aufmarsch bereits mit Verzögerung begonnen hatte, stießen die 500 bis 600 schnell auf eine Sitzblockade, an der sich auch Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD), der grüne Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wieland, der Bezirksbürgermeister von Pankow, Matthias Köhne (SPD) und der Integrationsbeauftragte des Berliner Senats Günter Piening beteiligten. Die Sitzblockade wurde von der Polizei aufgelöst. Für die Rechtsradikalen bedeutete das eine Viertelstunde Verspätung. Wenig später geriet der Aufmarsch angesichts massiver Proteste erneut ins Stocken. Nach einer halben Stunde Stillstand wurden die Neonazis zum Umdrehen aufgefordert und gingen zu ihrem Ausgangspunkt zurück. Von den ursprünglich geplanten sechs Kilometern hatten sie knapp 800 Meter geschafft.

Zu den Protesten gegen die Neonazis hatte ein breites Bündnis von Gewerkschaften, Parteien, Initiativen und anderen Organisationen unter dem Slogan „1. Mai – Nazifrei“ aufgerufen. An dieser Stelle war der Spuk also erst einmal beendet. Unangemeldet fing er aber an anderer Stelle wieder an. Rund 300 Neonazis versuchten über den Kurfürstendamm in der City West zu demonstrieren und Sitzblockaden zu errichten. Was wie eine spontane Reaktion auf das Scheitern des Aufmarschs in Prenzlauer Berg aussehen sollte, war von langer Hand vorbereitet. Das geht aus einer internen E-Mail hervor, die der Veranstalter Tage vorher an die erwarteten rechtsextremen Gruppierungen geschickt hatte. Laut Berliner „Tagesspiegel“

wurde die Mail dem Antifaschistischen Pressearchiv (apabiz) zugespielt. Der vorgeblich spontane Aufmarsch wird darin als „Plan B“ angekündigt.

Das Signal zum Start kam per SMS. Die anreisenden Rechten trafen sich in der S-Bahn, wo ortskundige Berliner Neonazis die Führung übernahmen.

Am S-Bahnhof Halensee verließen alle auf Kommando die Bahn und stürmten Richtung Adenauerplatz/ Ku’damm. Dabei wurden Passanten und Polizisten attackiert. Nach knapp 15 Minuten konnten Einsatzkräfte der Polizei die Gruppe stoppen und festsetzen. 286 Neonazis wurden festgenommen. Da verbotene Teleskopschlagstöcke, Pfefferspray, Feuerwerkskörper und ein Messer bei den Festgenommenen gefunden wurden, geht die Polizei davon aus, dass die Neonazis sich gezielt auf eine gewaltsame Konfrontation vorbereitet hatten. Gegen alle Beteiligten wird wegen Landfriedensbruchs ermittelt.

KUMPELVEREIN

Vorstand gewählt

Auf der Mitgliederversammlung des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an!“ am 20. April 2010 wurde der Vorstand des Vereins neu gewählt. Als Vorsitzender wieder gewählt wurde Giovanni Pollice, Leiter der Abteilung Migration/ Integration der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie. Als stellvertretende Vorsitzende wieder gewählt wurden Volker RoBocha, DGB-Bundesvorstand und Bernd Vallentin, Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft. Neu als stellvertretende Vorsitzende wurden Leo Monz, DGB Bildungswerk Bund und Holger Vermeer, Industriegewerkschaft Bauen – Agrar – Umwelt gewählt. Michaela Dälken (DGB Bildungswerk) und Sabine Hüther (IG Metall) haben nicht mehr kandidiert und sind als stellvertretende Vorsitzende ausgeschieden.



POSTKARTENAKTION GEGEN NAZIS

Initiative der DGB-Region Köln-Bonn



„Keine Stimme für Nazis“ war der Titel einer Postkartenaktion im Raum Köln und gleichzeitig der Name des breiten Bündnisses, das die Aktion durchgeführt hat. Organisiert und koordiniert wurde sie von der DGB-Jugend der DGB-Region Köln-Bonn. Insgesamt 20.000 Postkarten mit drei unterschiedlichen Motiven und 10.000 Briefkastenaufkleber wurden verteilt. Anlass für die Initiative waren Schreiben der NPD, die in Schulen eingegangen waren. Zunächst wurde das nordrhein-westfälische Innenministerium informiert. Dabei wollte die DGB-Jugend es aber nicht belassen – so Stephan Otten Jugendbildungsreferent des DGB. Deshalb einigten sich zahl-

reiche Organisationen aktiv zu werden. Herausgekommen ist die Postkartenaktion. Die Botschaft „Keine Stimme für Nazis“ zielte vorrangig auf die

Langtagwahl in Nordrhein-Westfalen, weist aber auch darüber hinaus. So stehen auf den Postkarten Tipps und Informationen. Ein Beispiel: „Nazi-Infostände besuchen! Gemeinsam mit Gleichgesinnten den Infostand umzingeln und mit einer Mülltüte die Passanten auffordern, die Publikationen wegzuerwerfen.“

Der Erfolg einer solchen Aktion lasse sich natürlich nur schwer messen, so Stephan Otten. Die Resonanz zeige aber, dass es richtig war, aktiv zu werden.

Wer das Rad bzw. eine Postkartenaktion nicht neu erfinden möchten, kann sich informieren, wie es geht bei:

stephan.otten@dgb.de



GRIECHISCHE ARBEITSMIGRATION NACH DEUTSCHLAND

Feierstunde zum 50. Jahrestag

Griechenland ist derzeit ein Top-Thema deutscher Medien. Die Finanzkrise wird analysiert oder – vor allem vom Boulevard – zum Anlass genommen, vorurteilsbehaftete Klischees zu verbreiten. Andere Themen werden kurzerhand ausgeblendet. So zum Beispiel die Geschichte der griechischen Arbeitsmigration nach Deutschland, die sich zum 50. Mal jährt. Aus diesem Grund fand am 2. Mai 2010 im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestags eine Feierstunde statt. Neben Politikern sprach auch der Vorsitzende der IG Bergbau, Chemie, Energie, Michael Vassiliadis.

Er ist, wie er selbst sagt, als Sohn eines Griechen, der 1961 nach Deutschland gekommen ist und einer deutschen Mutter, ein „Kind des Anwerbe-abkommens“. Neben einer geschichtlichen Betrachtung der Arbeitsmigration und der Integration bezog Michael Vassiliadis auch Stellung zu Fragen des Rechtsradikalismus. Wörtlich sagte er: „In Deutschland darf kein Klima der Intoleranz gegen Minderheiten entstehen. Notwendig sind Respekt und Sicherheit für alle. Die deutschen Gewerkschaften bekämpfen Ausländerfeindlichkeit und treten für Menschlichkeit und

Toleranz ein. Rechtsextremismus muss von unserem Staat entschlossen und mit der notwendigen Härte bekämpft werden. Die Zivilcourage aller in Deutschland lebender Menschen muss gefördert werden. Schweigen und Übersehen bedeuten schon Dulden. Wegschauen und Ausweichen sind unsere Sache nicht.“

Die Veranstaltung in Bonn war für ihn von daher „ein Symbol für den Geist des Miteinanders, für friedliches Zusammenleben, für eine jahrzehntelange Aufbauarbeit, die von Vertrauen und von Menschlichkeit getragen ist“.

„ICH KANN DOCH NICHT ANDERE ZUR COURAGE AUFFORDERN UND MICH DANN IN DIE BÜSCHE SCHLAGEN“

Wolfgang Thierse zu seiner Teilnahme an einer Sitzblockade am 1. Mai

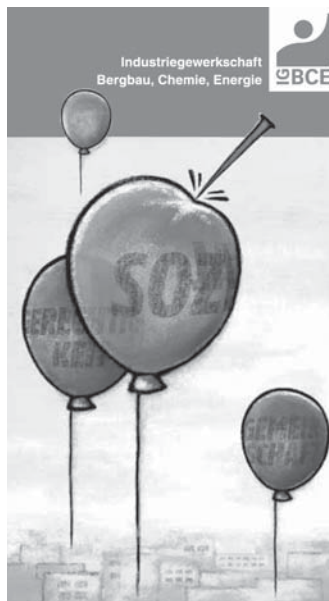
Die Teilnahme von Wolfgang Thierse an der Sitzblockade gegen den Aufmarsch von Neonazis in Berlin hat zu kontroversen Debatten geführt – bis zu der Forderung nach Rücktritt von seinem Amt als Bundestagsvizepräsident. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk hat Thierse Stellung bezogen. Ein Auszug:

Frage: Warum haben Sie die Rücktrittsforderungen überrascht?

Thierse: Weil ich mich ein bisschen darüber wundere, dass die deutsche Öffentlichkeit sich nicht mit dem Umstand befasst, dass ungefähr 1000 Neonazis durch den Prenzlauer Berg oder über den Ku'damm demonstriert sind – das ist Anlass für wirkliche Empörung –, sondern sich beschäftigen mit einem Vorgang, der friedlich, freundlich war, nichts mit Gewalt, mit Aggressivität zu tun hatte, sondern eine zeichenhafte Handlung des Protests gegen die Neonazi-Demonstration gewesen ist.

Frage: Ist es denn nicht problematisch, wenn ein führender Repräsentant unseres Staates so offensichtlich das Recht bricht?

Thierse: Hat ein Bundestagsabgeordneter nicht die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten wie andere auch? Ich kann doch nicht andere zur Courage auffordern, und wenn ich dran bin, mich dann in die Büsche schlagen. Vielleicht erinnern Sie sich: Es gab einen Aufruf, „Nazis blockieren“. Ich betone blockieren. Den haben sehr viele unterschrieben, Parteivorstände, der Parteivorsitzende der SPD in Berlin, Michael Müller, der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses, Walter Momper, der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth, die jüdische Gemeinde, viele andere, ich auch, und dann kann ich doch nicht nur auf andere zeigen, sondern ich war da und in dem Moment, wo ich da war, wollte ich auch zeigen, dass ich diese Demonstration ablehne.



Der braunen Propaganda entgegenzutreten

Argumente gegen die soziale Demagogie von Rechtsextremen

Argumente handlich gefaltet

Leporello gegen rechtes Gedankengut

Massive Störungen durch Rechtsradikale – so in diesem Jahr bei einer Veranstaltung der IG BCE in ihrem Bildungszentrum – oder gar Übergriffe wie im letzten Jahr gegen die Mai-Kundgebung des DGB in Dortmund zeigt, dass rechtsextremistische Gewalt sich nicht allein gegen Ausländer, linke Jugendclubs oder Behinderte richtet, sondern auch gegen die Gewerkschaften.

Gleichzeitig versuchen die Rechtsradikalen die Krise für ihre Zwecke zu nutzen, sie schüren Verunsicherung und Hass.

Um Formen von Intoleranz und rechtsextremistischem Gedankengut begegnen zu können, hat die IG BCE ein Leporello erarbeitet, in dem Argumente und Argumentationshilfen veröffentlicht sind. Das Leporello hat sich in der Praxis bewährt und kann weiterhin als Printversion unentgeltlich angefordert werden unter:

giovanni.pollice@igbce.de

MÜNCHEN IST BUNT.

Aufzug von Neonazis gestoppt

„Heute ist zwar trübes Wetter, aber in meinem Herzen scheint die Sonne, wenn ich die vielen tausend Menschen sehe, die sich dem braunen Spuk entgegenstellen“, so der KZ-Überlebende Martin Löwenberg am 8. Mai 2010 in einer Rede beim Kulturfest „München ist bunt“ in München-Fürstenried.

Zuvor hatten sich die Teilnehmer des Festes einem Aufzug der sogenannten Freien Nationalisten entgegengestellt. Die 80 Neonazis mussten nach nur 500 Metern umdrehen. Als deren Versammlungsleiter daraufhin „weitere Aktionen“ in der Innenstadt

ankündigte, wurden alle Teilnehmer von der Polizei in so genannten Unterbindungsgewahrsam genommen, um mögliche Straftaten zu verhindern. In einer U-Bahn wurden sie in Begleitung der Polizei in Polizeipräsidium zur Feststellung der Identität gebracht.

Ziel der Neonazis war es gewesen, den 8. Mai 2010 mit einem Zug zu einem Kriegerdenkmal für ihre Zwecke umzufunktionieren. In Ansprachen hatten unter anderem Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, sowie die Alt-Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel und Georg Kronawitter eindringlich darauf verwiesen,

MÜNCHEN ist bunt !

dass die Münchnerinnen und Münchner es nicht zulassen werden, dass ein so wichtiger Tag des Gedenkens zur Geschichtsverfälschung und Propaganda missbraucht wird.

Die drei SPD-Politiker gehörten auch zu den Erstunterzeichner des Aufrufs „München ist bunt!“, der von Parteien, Gewerkschaften, Kirchengemeinden, Sozialverbänden, Sportvereinen und vielen anderen Organisationen unterstützt wurde.

FEST ZUM 8. MAI

Der DGB in Hamburg-Bergedorf hatte eingeladen

Der DGB im Hamburger Stadtteil Bergedorf feierte am 8. Mai 2010 ein Fest zum 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. In Bergedorf war der Krieg bereits am 3. Mai 1945 beendet, als britische Truppen kampfflos in Bergedorf einzogen.

Bergedorf ist heute ein Zuhause für Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und kultureller Herkunft. Die Feier war entsprechend kulturell vielfältig. Geboten wurden unter anderem türkische Sazmusik, südamerikanische Harfenmusik, türkischer Bauchtanz, afrikanisches Trommeln sowie russische und portugiesische Folklore.

Bei aller Fröhlichkeit geriet der Anlass des Festes nicht aus den Augen. Der Vorsitzende des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an!“, Giovanni Pollice, sagte in einem Grußwort: „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit,

die sich immer wieder in unmenschlichen Gewaltakten entlädt, zeigen uns, dass es immer noch Unbelehrbare in unserem Lande gibt, die gegen alle Regeln des menschlichen Zusammenlebens, gegen die elementaren Grundsätze unserer demokratischen Gesellschaft verstoßen.“

Pollice rief dazu auf, sich im Kumpelverein, einer der ältesten antirassistischen Organisationen in Deutschland, zu engagieren: „Die Gelbe Hand symbolisiert die Arbeit von Gewerkschaften und vieler Anderer gegen Rechts extremismus, Rassismus und Ausgrenzung im Bereich der Arbeitswelt. Die Gelbe Hand symbolisiert auch, Menschen unterschiedlicher Herkunft gehören zu uns, sie sind Freunde, Kollegen und Kumpels in der Arbeitswelt. Wer die Gelbe Hand trägt signalisiert nach außen die Ablehnung von Hass und Gewalt.“

NEONAZIS MARSCHIERTEN IN WIESBADEN

Heidmarie Wieczorek-Zeul kritisiert Stadtverwaltung

Mit weit über 1000 Polizisten wurde am 8. Mai 2010 ein Aufmarsch von 150 Rechtsextremisten in Wiesbaden abgesichert. Die Jugendorganisation der NPD, Junge Nationaldemokraten (JN) hatte zu dem Aufmarsch gegen die „amerikanischen Besatzer“ aufgerufen.

Das Wiesbadener Bündnis gegen Rechts hatte eine Gegendemonstration organisiert, an der sich über 1.500 Menschen beteiligten. Bei der Kundgebung gegen den Nazi-Aufmarsch kritisierte die frühere Bundesentwicklungshilfeministerin Heidmarie Wieczorek-Zeul (SPD) die Stadtverwaltung Wiesbadens, weil sie den Marsch der JN zugelassen hatte: „Wir dürfen den Nazis nie wieder das Feld überlassen.“ Die Stadtverwaltung hatte sich gegen ein Verbot entschieden, weil dies möglicherweise vor Gericht keinen Bestand haben würde. Allerdings wurde die Kundgebung der Neonazis in den Vorort Erbenheim verlegt.

8. Mai 1945 - Kriegsende!

8. Mai 2010 - Die Gewerkschaften laden ein:

Internationales Bergedorfer Kulturfest

EINBÜRGERUNG IM TEST

Film des Monats:

Das Projekt "Einbürgerung im Test" wurde vom Offenen Kanal Dessau im Rahmen des Lokalen Aktionsplans Dessau/Rosslau durchgeführt. Ziele des Projekts waren die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Integration und die Vermittlung von Hintergrundwissen zum Einbürgerungstest. Teil des Projektes war eine vierteilige Quizreihe, die im Gymnasium Philanthropinum in Dessau aufgezogen wurde. In den Sendungen stellten sich Schülerinnen und Schüler der zehnten Klasse aus Sekundarschulen und Gymnasien, deren Lehrerinnen und Lehrer sowie Politikerinnen und Politiker des Dessau-Roßlauer Stadtrates bzw. Bundestagskandidaten aus dem Wahlbezirk den Fragen des Einbürgerungstests, der seit September 2008 Bestandteil des Antrags zur Erlangung der Deutschen Staatsbürgerschaft ist.

In der vierten Sendung war Dr. Karamba Diaby, Leiter des EU-Projektes "Empowerment von MigrantInnen zum nachhaltigen Gelingen der Integration und zur Förderung des interkulturellen Dialogs" zu Gast und sprach über die Bedeutung des Einbürgerungstests für die Integration in Sachsen-Anhalt. Die DVD zeigt Ausschnitte aus den Quizsendungen, Interviews mit Passantinnen und Passanten zum Thema Einbürgerung und Einbürgerungstest, sowie das Referat von Dr. Karamba Diaby.

**Offener Kanal Dessau (Hrsg.),
Dokumentarfilm
Dessau-Roßlau: 2009
Laufzeit: 45 Min. DVD**

**Der Film kann über
das DGB-Bildungswerk
ausgeliehen werden:
www.migration-online.de/
medienverleih**

Interkultureller Rat in Deutschland



VORSTAND GEWÄHLT

Interkultureller Rat in Deutschland

Die Mitgliederversammlung des Interkulturellen Rates in Deutschland hat am 05. Mai 2010 in Frankfurt am Main turnusgemäß einen neuen Vorstand gewählt. Jürgen Micksch und Giovanni Pollice (IG BCE) wurden als Vorsitzende des Vereins in ihren Ämtern ebenso bestätigt wie Günter Burkhardt (PRO ASYL) als Schatzmeister. Die Mitgliederversammlung wählte zudem Naime Cakir (Kompetenzzentrum muslimischer Frauen/ Frankfurt am Main) und Michael Hugo (migra e.V. - Spra-

che, Bildung und Integration für MigrantInnen in Mecklenburg-Vorpommern/Rostock) als Beisitzende in den Vorstand und bestellte Roland Graßhoff (Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz/Mainz) zum Rechnungsprüfer des Vereins. Neu aufgenommen hat die Mitgliederversammlung des Interkulturellen Rates die folgenden Persönlichkeiten: Frau Dimitria Clayton (Referentin beim Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW/Düsseldorf), Herr

ZEHN JAHRE BÜNDNIS FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ

Feier im Rahmen des Jugendkongresses 2010



Das Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT) besteht seit nunmehr zehn Jahren – Anlass im Rahmen des Jugendkongresses 2010 zu feiern. Der Jugendkongress findet vom 21. bis 24. Mai 2010 statt.

Eine ganze Reihe neuer Workshops und Foren stehen auf dem Plan. Das BfDT hat dabei beson-

ders viel Mühe in die Konzeption der Workshops investiert, die Inhalt und Methode verbinden sollen: Die Jugendlichen können sich nicht nur inhaltlich mit den verschiedenen Bereichen von Demokratie, Toleranz und Extremismus befassen, sondern werden verstärkt auch darin geschult, die Diskussion mit den richtigen Mitteln zu führen.

Auch die Begleitveranstaltungen bieten in diesem Jahr einige Highlights. Sei es der Auftritt von Soulsängerin Joy Denalane beim Festakt, der Band Radiopilot bei der Eröffnungsveranstaltung oder das Abschlussplenum, bei dem die Jugendlichen erstmals alle gemeinsam die Ergebnisse des Jugendkongresses diskutieren werden:

**Informationen gibt es auf
der Seite des BfDT:
www.buendnis-toleranz.de**

Abdou Karim Sané (Freundeskreis Tambacounda/ Hannover), Frau Noah Sow (freie Autorin/ Hamburg), Frau Hiltrud Stöcker-Zafari (Verband binationaler Familien und Partnerschaften/Frankfurt am Main) und Frau Musgana Tesfamariam (Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland Pfalz/Mainz).

IMPRESSUM

Der Newsletter „Aktiv und Gleichberechtigt“ wird gefördert vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen des Europäischen Integrationsfonds.



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE
Leo Monz, DGB Bildungswerk
Volker Roßocha, DGB
Bernd Vallentin, ver.di
Holger Vermeer, IG Bau

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

REDAKTION

Bernd Mansel
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

FOTOS

IG BCE Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/40800900